

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt sowohl die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung als auch die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Bestellung eines Schriftführers

Die Verwaltung schlägt Herrn Flachmann vom Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- als Schriftführer für den Jugendhilfeausschuss vor.

Beschluss:

Herr Flachmann wird zum Schriftführer für den Jugendhilfeausschuss bestellt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Herr Beigeordneter Kähler bezieht sich auf das in heutiger Sitzung nachrichtlich verteilte Schreiben des Deutschen Städtetages zum Urteil des Bundessozialgerichtes zum Sozialgeld für Kinder unter 14 Jahren im SGB II. Da die öffentliche Berichterstattung hierzu wenig präzise und missverständlich sei, erläutert Herr Beigeordneter Kähler die wichtigsten Eckpunkte. Das Bundessozialgericht habe festgestellt, dass die Ableitung nicht korrekt sei und auch wie bei dem Regelsatz für Erwachsene eine eigene Bedarfsmessung erforderlich sei. Das Bundessozialgericht habe auch ausgeführt, dass die Frage der Höhe des Regelsatzes damit nicht beantwortet sei.

Zu Punkt 3 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5

Haushaltsplan 2009 für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt-, 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6317/2004-2009

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist auf die Vorberatung in den Unterausschüssen hin. Sie schlägt vor, Teil 1 bis 4 separat zu behandeln und anschließend über die Neu- und Erweiterungsanträge zu beraten.

Herr Wendt berichtet über die Vorstellung der Haushaltsunterlagen und die Beschlussituation im Migrationsrat sowie im Beirat für Behindertenfragen. Aufträge oder Empfehlungen seien nicht ausgesprochen worden. Es gibt keine Wortmeldungen zu Teil 1 bis 4.

Sodann stellt Vorsitzende Frau Weißenfeld die Neu- und Erweiterungsanträge der freien Träger zur Abstimmung.

lfd. Nr. 1) Bielefelder Jugendring e.V.: **Kompensationsmittel für gestiegene Energiekosten**

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	3 Stimmen
dagegen	5 Stimmen
Enthaltungen	6 Stimmen
- mithin abgelehnt -	

lfd. Nr. 2) Bielefelder Jugendring e.V.: **Finanzierung einer Fachstelle für geschlechtsbezogene Arbeit**

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	8 Stimmen
dagegen	4 Stimmen
Enthaltungen	2 Stimmen
- mithin beschlossen -	

lfd. Nr. 3) Bielefelder Jugendring e.V.: **Kinder- und Jugendfreizeiten**

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	6 Stimmen
dagegen	8 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen
- mithin abgelehnt -	

lfd. Nr. 4) Eigensinn e.V.: **Erhöhung der Personalkosten**

Herr Scholten unterstützt den Antrag vor dem Hintergrund, dass es hier um Präventionsmaßnahmen geht und um Personalkosten, die erforderlich seien, um diese Aufgabe wahrnehmen zu können. Auf Nachfrage von

Vorsitzender Frau Weißenfeld zu Deckungsvorschlägen verweist Herr Scholten die Angelegenheit diesbezüglich an den Finanz- und Personalausschuss.

Herr Tsapos unterstützt ebenfalls den Antrag. Schließlich sei der Mehrbedarf aus fachlicher Sicht bestätigt worden.

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	13 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme
- mithin beschlossen -	

Ifd. Nr. 5) Bezirksvertretung Jöllenberg:
Finanzmittel für die Offene Jugendarbeit Vilsendorf

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet über die Beratungen in den Unterausschüssen. Danach sei es wichtig, dass die Offene Jugendarbeit weitergeführt und zunächst die Erfahrungen abgewartet werden sollen, um dann die Angelegenheit nochmals im JHA zu behandeln.

Herr Wendt weist darauf hin, dass die Verwaltung sich noch um adäquate Unterbringungsmöglichkeiten bemühe.

Herr Kläs spricht sich gegen ein Abwarten aus. Er sieht Handlungsbedarf nach anderen Räumlichkeiten zu suchen und plädiert dafür, Finanzmittel einzustellen, um sich an den zur Verfügung stehenden Mitteln orientieren zu können.

Herr Beigeordneter Kähler verweist auf die Zusage der Verwaltung, für eine adäquate Unterbringung zu sorgen und die entstehenden Kosten bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres zu decken. Im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2010 soll die Angelegenheit erneut aufgegriffen und aufgrund der gemachten Erfahrungen dann einer Beschlussfassung zugeführt werden.

Der JHA erklärt sich mit der von Herrn Beigeordneten Kähler vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Ifd. Nr. 6) Naturpädagogisches Zentrum Schelphof e.V.:
Antrag auf Zuschuss Ifd. Personal- und Sachkosten

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	6 Stimmen
dagegen	6 Stimmen
Enthaltungen	3 Stimmen
- mithin abgelehnt -	

Ifd. Nr. 7) Fan-Projekt Bielefeld e.V.:
Erhöhung des Zuschusses für das Fan-Projekt

Herr Beigeordneter Kähler führt aus, dass es sich um eine Drittel-Finanzierung handelt, bei der sich die Anteile der anderen Zuschussgeber an demjenigen orientieren, der am wenigsten aufwendet. Die Stadt

Bielefeld und somit auch das Land und der DFB stellen zurzeit 41.000 € für dieses Projekt bereit, wobei die Förderhöchstgrenze des Landes bei 47.500 € liege. Bei einem Beschluss, die Mittel um 6.500 € zu erhöhen, würde dies auch eine entsprechende Erhöhung seitens des Landes und des DFB nach sich ziehen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet um Abstimmung über eine mögliche Aufstockung um 6.500 €

Die Abstimmung führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	8 Stimmen
dagegen	5 Stimmen
Enthaltungen	2 Stimmen
- mithin beschlossen -	

Ifd. Nr. 8) Bezirksvertretung Jöllenbeck:
Aufstockung des Gebäudes KiTa Oberlohmannshof

Herr Beigeordneter Kähler berichtet, dass der Verwaltungsvorstand diesen Punkt als Priorität 1 auf die Vorschlagsliste zur Anmeldung für das Konjunkturprogramm II gesetzt habe. Er betont, dass es sich hier um einen Vorschlag der Verwaltung handelt und letztlich noch der Beratung und Beschlussfassung in den entsprechenden Gremien bedürfe.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt unter Bezugnahme auf die Verhandlungen in den Unterausschüssen vor, die Angelegenheit im Rahmen des Konjunkturprogramms II weiter zu behandeln.

dafür	14 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme
- mithin beschlossen -	

Ifd. Nr. 9) Verein zur Förderung der Jugendarbeit e.V.:
Übernahme der höheren Mietkosten für das JZ Kamp, Zahlungsempfänger = ISB

Herr Bauer kündigt an, an der Abstimmung nicht teilzunehmen.

Herr Wendt stellt klar, dass der Vermieter von der im Mietvertrag enthaltenen Indexklausel Gebrauch gemacht habe und dementsprechend die Miete erhöht habe. Daraufhin habe sich der Träger an das Dezernat 5 gewandt mit der Aussage, er könne die auf der Indexklausel beruhende Mieterhöhung nicht tragen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist auf die vielen Mängel am Gebäude hin und erwähnt die Möglichkeit des Regressanspruchs seitens des Mieters.

Herr Adams weist darauf hin, dass es bei vielen Leistungsverträgen eine ähnliche Situation gebe. Auch hier müssten Regelungen gefunden werden, um die gestiegenen Energiekosten aufzufangen. Es könne nicht sein, dass dies zu Lasten der pädagogischen Arbeit und der Sozialarbeit gehe. Seiner Auffassung nach müsste die Stadt zunächst intern klären, wie mit diesem Problem umzugehen sei.

Herr Beigeordneter Kähler erläutert die Mieter/Vermieter-Situation. Der ISB handele hier nach seinen betriebswirtschaftlichen Vorgaben seitens des Werksausschusses und der Politik. Es sei äußerst schwierig, das klassische Mieter/Vermieter-Verhältnis zu beeinflussen.

Über eine Änderung der Leistungsverträge müsse diskutiert werden. Derzeit würden die tarifären Veränderungen bei den Personalkosten von der Stadt aufgefangen, um Auswirkungen auf die fachliche Arbeit zu verhindern. Mieterhöhungen seien im Rahmen der allgemeinen Sachkostenausstattungen abgegolten. Dies könne im Rahmen der Verlängerung der Leistungsverträge im Jahr 2010 diskutiert werden.

Vorsitzende Frau Weißenfeld kann nicht beurteilen, ob dieser einzeln aus vielen notwendigen Maßnahmen herausgegriffene Punkt gerechtfertigt ist. Sie empfiehlt, die Angelegenheit an die Verwaltung zu verweisen mit der Bitte, sämtliche Baumaßnahmen in Gänze zu prüfen.

Frau Rathsmann-Kronshage plädiert dafür, dass der Mieter gegenüber seinem Vermieter u.U. von seinem Mietminderungsrecht Gebrauch machen sollte anstelle hier einen politischen Beschluss zu fassen.

Herr Scholten sieht hier nur wenig Diskussionsbedarf, da Mieter und Vermieter durch die im Mietvertrag enthaltene Indexklausel an die Vereinbarungen gebunden seien.

Herr Adams entgegnet, dass es sich hierbei nicht um ein gewöhnliches Mietverhältnis handele, schließlich werde hier im Auftrag der Stadt Jugendarbeit geleistet.

Für Herrn Onckels ist unabhängig von einem privatrechtlichen Mietverhältnis entscheidend, dass in den Räumen des ISB als Teil der Stadtverwaltung Jugendarbeit geleistet werde. Er kann nicht verstehen, dass der Träger nun im Regen stehen gelassen werden soll.

Herr Lemhoefer unterstützt den Vorschlag von Vorsitzender Frau Weißenfeld, sich nochmals mit der Angelegenheit zu befassen. Er stellt in Frage, ob die Träger die in den Verträgen vereinbarten Leistungen mit den noch zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt noch erfüllen können.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt vor, die Angelegenheit an den ISB zurückzugeben mit der Bitte, dies im Sanierungsgesamtpaket zu berücksichtigen.

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	1 Stimme
dagegen	9 Stimmen
Enthaltungen	4 Stimmen
- mithin abgelehnt -	

Ifd. Nr. 10) Bunker Ulmenwall e.V:
Modernisierungszuschlag an den ISB

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass der beantragte Modernisierungszuschlag erst im Jahr 2010 ein Thema und jetzt nicht zu beraten sei.

Ifd. Nr. 11) Gesellschaft für Sozialarbeit:
Aufstockung der Beratungsstelle Baumheide um eine halbe Stelle

Frau Rathsmann-Kronshage macht für ihre Fraktion deutlich, dass die Sozialberatung in dem Stadtteil u.a. einen wesentlichen Anteil daran habe, die komplizierten Antragsformulare von ArbeitPlus abzuarbeiten. Es könne nicht sein, dass ein Großteil der Beratungszeit dafür verwendet werden müsse. Sie hält die Beratung zwar für notwendig, möchte einer Aufstockung jedoch nicht zustimmen, da dies eine Ausweitung des Leistungsvertrages zur Folge hätte, die ihre Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterstützen würde.

Herr Scholten kündigt unter dem Vorbehalt der Finanzierung an, diesem Antrag zuzustimmen, da ein erheblicher Beratungsbedarf bestehe. Schließlich seien ca. 50 % der Bescheide von ArbeitPlus fehlerhaft.

Herr Tsapos teilt die Meinung von Frau Rathsmann-Kronshage insofern, als es ärgerlich sei, dass erhebliche Beratungsbedarfe durch fehlerhafte Bescheide von ArbeitPlus bestehen. Unter Verweis auf die Veränderungen im Lebenslagenbericht und des grundsätzlichen Hilfebedarfs in den Quartieren kündigt er jedoch Zustimmung an.

Vorsitzende Frau Weißenfeld ist verwundert, dass dieser Antrag dem JHA vorgelegt wurde, schließlich seien es überwiegend Erwachsene, die mit ihren Bescheiden die Beratung aufsuchen. Insofern sei der SGA womöglich das zuständige Gremium.

Herr Epp stellt klar, dass die beiden Freizeitzentren Baumheide und Stieghorst mit ihren Beratungsstellen offen sind für alle Zielgruppen. Somit seien Teile dem JHA und auch dem SGA zuzuordnen. Um eine Aufspaltung auf zwei Ausschüsse zu vermeiden, sei die Zuordnung zum JHA erfolgt.

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	14 Stimmen
dagegen	1 Stimme
Enthaltungen	0 Stimmen
- mithin beschlossen -	

Zu den **Ifd. Nr. 12 und 13** regt Vorsitzende Frau Weißenfeld an, auch hier nochmals zu prüfen, inwieweit einzelne Maßnahmen noch zum Konjunkturprogramm II angemeldet können.

Herr Beigeordneter Kähler verliest die heute als Tischvorlage verteilte

Stellungnahme des ISB zum Antrag des Bielefelder Jugendrings vom 19.12.08.

Frau Häckel spricht sich gegen eine zusammenfassende Beratung der Anträge lfd. Nr. 12 und 13 aus. Sie verweist auf den bereits vor 1,5 Jahren gestellten ersten Antrag auf Sanierung kommunaler Gebäude mit offener Kinder- und Jugendarbeit.

Frau Rathsmann-Kronshage sieht sich im Moment außerstande zu beurteilen, welche Maßnahmen nun umgesetzt werden sollen und welche nicht. Sie sieht hier noch Abstimmungsbedarf mit dem ISB.

Herr Bauer hält die Zeitplanung des ISB für befremdlich. Er regt an, die Position 1 „Jugendzentrum Luna“ aus dem Antrag herauszunehmen, da diese Maßnahme bereits für das Konjunkturprogramm II angemeldet sei. Für die anderen 6 Maßnahmen sollte der Antrag aufrechterhalten bleiben. Für den JHA sieht er keinen Beratungsbedarf mehr und bittet um Abstimmung.

Für Herrn Langeworth sind nach der Stellungnahme des ISB die Fragezeichen größer als zuvor. Erforderlich sei, einen Einstieg in ein aus der Sicht der Nutzer realistisches Sanierungsprogramm zu finden. Verschiedenste Interessen müssten hier miteinander verknüpft und abgestimmt werden. Er fordert in dieser Beziehung eine abgestimmte Verwaltungsmeinung.

Herr Beigeordneter Kähler verweist bezüglich einer abgestimmten Verwaltungsmeinung auf eine Informationsvorlage, die dem JHA am 26.11.2008 vorgestellt wurde. Die Verwaltung habe im Rahmen einer Prioritätenliste und eines Zeitplanes klar benannt, wann welche Maßnahmen zu erledigen sind. Somit liege die von Herrn Langeworth eingeforderte abgestimmte Verwaltungsmeinung bereits vor.

Herr Tsapos sieht Diskussionsbedarf hinsichtlich der unterschiedlichen Berechnungen des ISB und des Jugendrings.

Herr Bauer und Herr Wandersleb befürchten, dass eine Sanierung nicht möglich sei, falls der Einstieg im Rahmen dieses Antrags heute nicht geschafft werde. Sie sprechen sich dafür aus, heute einen Beschluss zu fassen.

Herr Adams stellt fest, dass alle Fraktionen ein Grundinteresse haben, einen Einstieg zu finden. Auf dieser Basis müsse es möglich sein, sich an einen Tisch zu setzen und zu beraten, wie dieses Thema auch finanziell abgehandelt werden kann. Er äußert die Bitte, sich politisch zu verständigen, was finanztechnisch auf den Weg gebracht werden kann.

Frau Rathsmann-Kronshage erkennt bei allen Fraktionen grundsätzliches Einverständnis. Sie sieht jedoch noch Klärungsbedarf, wie und mit welchen Projekten eingestiegen werden kann und schlägt deshalb vor, heute noch keinen Beschluss zu fassen.

Für Herrn Langeworth ist es nicht verantwortbar, aufgrund der unterschiedlichen Stellungnahmen einen Beschluss zu fassen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld macht den Vorschlag, bezüglich der **lfd. Nr. 13** eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu gründen unter Beteiligung von Herrn Boberg vom ISB und des Dezernates 5, die zur nächsten Sitzung eine Prioritätenliste erarbeiten soll.
Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

lfd. Nr. 12) Kath. Kirchengemeinde St. Johannes Baptist Bielefeld-Schildesche:
Zuschuss zu energetischen Sanierungsmaßnahmen und Renovierungsarbeiten für das HOT Schildesche

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	0 Stimmen
dagegen	13 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme
- mithin abgelehnt -	

lfd. Nr. 14) Mädchentreff e.V.:
Projektzuschuss zur Prävention von Essstörungen

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die Beratung in den Unterausschüssen und auf das Erfordernis, dass die Kommune sich finanziell beteiligt. Unter Umständen reiche auch ein geringerer Betrag aus.
Frau Rathsmann-Kronshage schließt sich dieser Auffassung an und fragt nach Hinweisen, wonach sich die beantragte Summe reduzieren ließe.

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	13 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme
- mithin beschlossen -	

lfd. Nr. 15) AGW c/o Der Paritätische
Zuschuss für die Arbeit der Schulkramkiste

Der Antrag wird an den Schulausschuss verwiesen.

lfd. Nr. 16 - neu) Mädchentreff e.V.:
Antrag auf einen Zuschuss zur Mieterhöhung aufgrund energetischer Modernisierung

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	2 Stimmen
dagegen	9 Stimmen
Enthaltungen	3 Stimmen
- mithin abgelehnt -	

Anschließend fasst der Jugendhilfeausschuss -unter Berücksichtigung der vorstehenden Einzelbeschlüsse- folgenden

Gesamtbeschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 unter Berücksichtigung der Beschlussentscheidung zu Vorlage Nr. 6323/2004-2009 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen**

der Produktgruppen 11.01.67, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

2. Den **Teilergebnisplänen** der

- Produktgruppe 11.01.67 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 0 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 62.798 €)
- Produktgruppe 11.06.01 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 31.956.704 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 86.195.429 €)
- Produktgruppe 11.06.02 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 7.935.460 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 53.207.664 €)
- Produktgruppe 11.06.03 (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen i. H. v. 143 € und ordentlichen Aufwendungen i. H. v. 1.540.153 €)

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Den **Teilfinanzplänen A** der

- Produktgruppe 11.06.01 (im Jahre 2009 mit investiven Einzahlungen i. H. v. 1.350.000 € und investiven Auszahlungen i. H. v. 1.711.500 €)
- Produktgruppe 11.06.02 (im Jahre 2009 mit investiven Einzahlungen i. H. v. 0 € und investiven Auszahlungen i. H. v. 22.650 €)

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

4. Den Maßnahmen der Teilfinanzpläne B der Produktgruppe 11.06.01 wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

5. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.67, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushaltsplan 2009 wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

6. Den allgemeinen Bewirtschaftungsregeln für den Haushaltsplan 2009 wird zugestimmt. (Haushaltsplan Band I, Anlage 4, Seiten 22 – 25).

7. Dem Stellenplan 2009 für das Amt für Jugend und Familie -

Jugendamt- wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 6

Veränderungsliste zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6323/2004-2009

Herr Beigeordneter Kähler weist darauf hin, dass die Konkretisierung der Maßnahmen vorbehaltlich der fachlichen und finanziellen Bewertung erfolge.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt als Ergänzung zum Haushaltsplanentwurf 2009 die mit allen Dezernaten abgestimmten Maßnahmen der beigefügten Liste zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die sich aus den Maßnahmen der lfd. Nr. 17 ergebenden Veränderungen zum Gesamtergebnisplan 2009 - 2012 zu beschließen.

Die vom Jugendhilfeausschuss zu beschließenden konkreten Maßnahmen sind im Teil 2 der Beschlussvorlage erläutert.

Die Verwaltung berichtet dem Jugendhilfeausschuss zeitnah über die Umsetzung.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Vorsitzende Frau Weißenfeld beendet die Sitzung um 18.45 Uhr.

Bielefeld, 04.02.2009

Weißenfeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)